

Saale-Beitung.

Verkaufspreis jeder Ausgabe.

Bezugspreis... für alle... 2.50 M. ...

Anzeigen... werden die... 20 Pfg. ...

Nr. 209.

Halle a. S., Donnerstag, den 6. Mai.

1909.

Fürst Bülow, das Opfer?

Von einem nationalliberalen Parlamentarier wird uns... die augenfälligste innerpolitische Situation geschildert...

Das übrigens auch im Reichstagspalais das Wort... 'Rücktritt' gefallen sein muß...

Die 'liberale Kor.' deutet sehr richtig auf einen... Punkt hin, der bei einer eventuellen Auflösung...

Feuilleton.

Unterhaltungsbillett. Ostpreussische Sauerkräutchen... von Carl Bude. (Schluß) - Bunte Zeitung - Literatur.

Zur Psychologie der Jungtürken.

Die Geschichte der jungtürkischen Bewegung, von der... eine so entscheidende Wirkung auf die Schicksale...

Saloniki ist bekanntlich die Geburtsstadt der jung... türkischen Bewegung; in diesem großen blühenden Handels...

Das allmähliche und geheime Eindringen westlicher... Ideen, die seit einem halben Jahrhundert sich immer stärker geltend...

Saloniki hatte sich schon früher das 'Freiheits... komitee' gebildet, das die gleichen Ziele verfolgte und mit...

Serren ja stets geschickt zu verbergen. Man wird aber... nicht fehlgehen, wenn man die forzierte Ablehnung der Erbschaftsteuer...

Der Zusammenhang zwischen Wahlreform und Steuer... reform, von dem die konservative Politik maßgebend beein...

Explosion in den Schönebecker Munitionswerken.

(Meldung unseres Depeschensbüros.) H. Schönebeck a. d. Elbe, 5. Mai. (Privat-Tele...

Von privater Seite wird uns noch folgendes tele... graphiert: Fünf Tote, 13 Verwundete.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten. Am Montagabend fand bei dem Kaiserpaar ein...

Frauen vermittelt, deren Geheimdienst durch die Unverf... llichkeit des Harems begünstigt war...

Die Form der Aufnahme war zu einer ganzen Zere... monie ausgebildet. Der Mann wurde mit verbundenen...

Das der Aufgenommenen wurde noch nicht zum voll... berechtigten Mitglied, er mußte erst eine lange Probezeit...

Auf diese Weise wurde der Grundstoff der Empörung... durch das ganze Reich verbreitet und ein Funken genügte...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1909050614/fragment/page=0001



Königin von Griechenland, die Kronprinzessin, die Prinzessin Andreas und Prinz Christoph, der Ritter des Heiligen Vorkriegs, der Geliebte Freiherr v. Wangenheim und Gemahlin, die Kommandanten der drei deutschen Schiffe.

**Fürst Bülow und der Kaiser.**

Die Meldung eines Wiener Blattes, daß der Reichsfanzler Fürst von Bülow dem Kaiser nach Salzburg entgegenfahren wolle, um ihm über die innere Lage Vortrag zu halten, ist, wie wir hören, falsch. Danach ergibt sich auch, daß die Angaben des Blattes über den Zweck des Vortrages leere Kombinationen sind.

**Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Sultan.**

Wie dem „Tag“ aus Konstantinopel telegraphiert wird, hat die Gläubigkeitskommission des Deutschen Kaisers an den Sultan folgenden Wortlaut:

„Aus Anlaß der Thronbesteigung Eurer Majestät bringe ich meine aufrichtigsten Glückwünsche für Ihre Regierung und das Glück des osmanischen Volkes dar.“

Das Antworttelegramm Sultan Mohammeds V. lautet wie folgt:

„Für die Glückwünsche, die Eurer Majestät aus Anlaß der Besteigung des Thrones meiner Väter mit zu senden gerührt haben, und für die edlen Gefühle, welche Eurer Majestät geäußert haben, bitte ich, meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen zu wollen. Ich sehe zum Himmel für die glückliche Regierung Eurer Majestät sowie für das Glück und die Zufriedenheit Eurer Majestät Untertanen.“

**Des Kanzlers Dank.**

Auf das Glückwunschtelegramm der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist zu Händen ihres Vorsitzenden, des Abg. B a s s e r m a n n, von Kanzler folgendes Drahtantwort eingegangen:

„Der nationalliberalen Reichstagsfraktion danke ich aufrichtig für die freundlichen Glückwünsche zur Vollendung meines sechzigsten Lebensjahres. Stärker als die Sorge um die sich türmenden Schwierigkeiten ist in mir der feste Glaube an das deutsche Volk. Wir können und werden nicht daran verzweifeln, daß wir die reichen Kräfte unserer Nation für unsere Gemeinwohlthätigkeit bisher nur unzureichend zu organisieren verstanden. In dieser Zuversicht werde ich unvergesslich dem begnügten Reformwerk weiter arbeiten und freue mich, dabei der Unterstützung der nationalliberalen Partei sicher zu sein.“

Reichsfanzler Fürst Bülow.

**Die Annahme jüngerer Arbeiter bei den Staatsbahnen.**

Durch Erlass des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ist die Annahme jüngerer Arbeiter bei den preussisch-hessischen Staatsbahnen im Prinzip zugelassen worden:

Wie der „Eisenbahn“ zu entnehmen, hat der Minister den fortgesetzt laut werdenden Wünschen der Eisenbahnbediensteten, es möchten ihre Söhne alsbald nach dem Verlassen der Schule in den Eisenbahndienst aufgenommen werden, entsprochen und zugelassen, daß auch Personen im Alter unter 16 Jahren, die geistig gut veranlagt und körperlich kräftig sind, von denen also angenommen werden kann, daß sie demnachst den Anforderungen des Betriebes dienlich gewachsen sein werden, bei der Eisenbahn eingestellt werden. Dabei handelt es sich aber vornehmlich nur um solche jungen Leute, aus denen demnachst ein besonders geeigneter Nachwuchs für die Dienstjahrgänge des unteren Betriebes gewonnen werden kann. Für die schwierigeren fürzuverlickenden Arbeiten der Bahnunterhaltung und des Betriebes (Kanzler, Wagenreparaturen, Güterbodenarbeiten usw.) dürfen solche jugendlichen Personen nicht angenommen werden, da ihr Körper dafür noch nicht hinreichend entwickelt ist. Im einzelnen gelten für die Annahme folgende Bestimmungen:

- 1. Vorzuziehen sind nur Söhne von Eisenbahnbediensteten anzustellen.
- 2. Die Bewerber müssen das 14. Lebensjahr vollendet haben, eingeschrieben sein und ein Zeugnis über den erfolgreichen Besuch der ersten Klasse einer Volksschule oder über eine andere mindestens gleichwertige Schulbildung vorweisen, auch sich bisher normalkraftig gezeigt haben.
- 3. Sie haben durch ein bahnärztliches Zeugnis darzutun, daß sie völlig gesund und frei von nachweisbaren Krankheitssymptomen, insbesondere von Anlage zur Tuberkulose sind und ein für den Betrieb dienlich ausreichendes Hör-, Seh- und Fahrenunterschiedsvermögen besitzen.
- 4. Sie haben die Zustimmung des Vaters oder sonstigen gesetzlichen Vertreters zu ihrem Eintritt in den Eisenbahndienst beizubringen und müssen bei den Eltern oder einer anderen asphären Familie wohnen.
- 5. Die tägliche Dienstdauer darf zehn Stunden einschließlich einer einstündigen Mittags- und je einer halbstündigen Vor- und Nachmittagspause (also acht Stunden reine Arbeitszeit) nicht überschreiten. Überstunden, Nachdienst und Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen sind ausgeschlossen, letztere unter dem Vorbehalt von Ausnahmen bei dringendem Bedarf. Auf jeden Fall ist indes mindestens zweimal im Monat freie Zeit zum Besuche des Gottesdienstes zu geben.
- 6. Die jugendlichen Arbeiter haben am Unterricht der Eltern teilzunehmen. Der Unterricht in der Fertigkeit der Ausübung ihrer Tätigkeit ist ihnen zu vermitteln. Die Einstellung der jugendlichen Arbeiter erfolgt auf Verlangen der Eltern, die für die Ausbildung erforderliche Aufsicht, anzuhalten.
- 7. Die Einstellung der jugendlichen Arbeiter erfolgt auf Verlangen der Eltern, die für die Ausbildung erforderliche Aufsicht, anzuhalten.
- 8. Die Beschäftigung ist dem körperlichen und geistigen Entwicklungsstand der jungen Leute anzupassen und hat demgemäß mit leichteren körperlichen Arbeiten, mit Vortugängen und einfachen schriftlichen Arbeiten im inneren Bahnhofs-, Abfertigungs- und Bureauarbeiten zu erfolgen. Auch ihre Ausbildung im Telegraphen- und Fahrkartenvertriebsdienst ist zu ermöglichen, und sie können ausbühmweise in diesen Dienstweigen verwendet werden; ausgeschlossen ist jedoch ihre Heranziehung zum Zugbediensteten, zu anderen wichtigen Betriebsbediensteten und zum selbständigen Fahrkartenvertriebs.
- 9. Für das Arbeitsverhältnis sind die, gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstweigen maßgebend, soweit sich nicht aus diesen Vorschriften eine Abweichung ergibt.
- 10. Einen Monat lang sind die jugendlichen Arbeiter ohne Entgelt probeweise

zu beschäftigen, dann erhalten sie einen von der Eisenbahndirektion in der Lohnordnung festzusetzenden Lohn, der bis zur Erreichung des Alters von 18 Jahren in angemessenen Zwischenräumen erhöht werden kann und jedenfalls nicht hinter dem Anfangslohn für Arbeiter von 18 Jahren zurückbleiben soll.

11. Mit dem Tage, von dem ab die Lohn erhalten, haben die jugendlichen Arbeiter den Betriebsbestimmungen zu beitreten.

12. Bis auf weiteres erfolgt die Einstellung nur nach Genehmigung der königlichen Eisenbahndirektion.

**Er mordung zweier deutscher Reisender in China.**

Ein Peking Telegramm bestätigte das traurige Gerücht, daß in der chinesischen Südprowinz Yunnan die beiden deutschen Reisenden Dr. Sch mi e h und Dr. B r u n h u b e r ermordet worden sind. Nach Missionsnachrichten wurde die Tat von dem Stamme der Luwangs am oberen Salwin verübt.

Dr. Robert Brunhuber, der aus dem Rheinland stammte und mit der Tochter des bekannten Musikschriftstellers Otto Reigel verheiratet war, konnte mit Recht als ein ungewöhnlich begabter Mensch gelten. Er war einer der Führer der Jungliberalen in Rheinland-Westfalen. Ein rastloser Unternehmungslust trieb ihn von Europa fort und er ging nach dem jenseitigen von den Japanern okkupierten Korea, das er in farbenreichen Aufsätzen schilderte.

Dr. Sch mi e h, der Begleiter Dr. Brunhubers, ist, wie der „Saale-Zeitung“ aus Berlin telegraphisch gemeldet wird, der Sohn eines Brauereibesizers in der Nähe von Kö n i g s e r d e n am Rhein. — Er ist also nicht identisch mit dem bekannten belietrischen Schriftsteller gleichen Namens.

**Aus den Kolonien.**

**Eingeborenenlust aus Kamerun?**

Wie die belgische Presse verbreitet, haben Reisende, die vom Kongo zurückgekehrt sind, eine Nachricht mitgebracht, wonach 10 000 Eingeborene vom Stamme Nj em im Süden Kameruns wegen schlechter Behandlung durch Offiziere und Unteroffiziere auf das Gebiet von Französisch-Kongo übergegangen seien. Der Gouverneur von Kamerun hätte darüber nach Berlin berichtet. Da man es hier offenbar mit einer übertriebene und tendenziös entstellten Nachricht zu tun hat, wäre es wohl angezeigt, wenn das Reichskolonialamt hierzu Stellung nehmen würde.

(Es ist nicht zum ersten Male, so bemerkt hierzu die „Köln. Ztg.“, daß derartige Nachrichten durch den Rufschall verbreitet und dann nach Europa gemeldet werden, wo sie von den Sozialdemokraten für den Reichstag gläubig und gierig aufgegriffen werden. Die Wiederholung ist nicht immer gleich möglich, da die angeführte Partei nichts in der Hand hat, ist aber in den früheren Fällen nicht ausgeschlossen.)

**Heer und Flotte.**

Wilhelmshaven, 5. Mai. Die Weiterentwicklung nahm die Kündigung zahlreicher verheirateter Arbeiter zurück und wird das Gelde des Arbeiterauschusses an das Reichsmarineamt, der hiesigen Wert meist Aufträge zuzuwenden, unterzügen.

Marine-Nachrichten. Laut Meldung des „Reichsanz.“ ist S. M. S. „F ü r s t B i s m a r k“ auf der Heimreise von Colombo nach Berlin (Golf von Aden) in See gegangen. S. M. S. „S c h a r n h o r s t“ geht mit dem 2. Admiral des Kreuzergeschwaders auf der Ausreise nach der ostasiatischen Station von Colombo nach Singapur in See.

**Deutscher Reichstag.**

253. Sitzung vom 5. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Dr. R i e b e r d i n g. Das Haus ist nahezu leer. Präsident Graf S t o l t e r g er ö f f n e t die Sitzung um 3 1/2 Uhr.

**Die Haftung des Reiches für seine Beamten.**

Staatssekretär Dr. N i e b e r d i n g leitet die erste Lesung des Entwurfs mit kurzen Ausführungen ein. Der Entwurf entspricht einer Resolution, die der Reichstag vor zwei Jahren beim Etat des Reichsjustizamts beschlossen hat.

Abg. Dr. B r u n n e r m a n n (Rp.): Bei dieser Vorlage handelt es sich um die Haftung des Reiches lediglich für solche Handlungen seiner Beamten, die von ihnen in U s u b u n g ö f f e n t l i c h e r G e w a l t vorgenommen sind. Soweit die Ausübung der privatrechtlichen Vertretungsmacht in Frage steht, ist die Haftung des Reiches und der Einzelstaaten schon durch das Bürgerliche Gesetzbuch einheitlich für das ganze Deutsche Reich geregelt. Für die Handlungen der Beamten in Ausübung ihrer öffentlichen Gewalt ist der Erlass entsprechender Bestimmungen der Landesgesetzgebung vorbehalten; er ist in den meisten Einzelstaaten schon erfolgt und ein vom Abgeordnetenhaus bereits genehmigter Entwurf liegt zuerst dem preussischen Herrschau vor. Zu dem nun vorliegenden Entwurf soll diese Regelung für die Reichsbeamten erfolgen. Bisher waren die Gefolgswalder auf die Beamten selbst verfallen. Bisher lag es aber dabei er schwert, ja unmöglich, den hiesigen Beamten festzustellen, und der Beschädigte hat überdies seine Sicherheit, daß er, selbst im Falle eines obliegenden Urteils, zu seinem Rechte kommt. Die vorgeschlagene Regelung entspricht aber auch den Interessen der Beamten, da sie vor grundlosen Klagen namentlich solcher Personen, die im Armenrecht klagen oder von Querulanten durch die Prinzipalhaftung des Staates geschützt werden. (Zustimmung.) Natürlich soll und muß dem Staate das Rückgriffrecht gegen den schuldigen Beamten in vollem Umfang gewahrt werden. Mit der grundsätzlichen Regelung des Gesetzesentwurfes erklären sich meine politischen Freunde daher einverstanden. Bei der hiesigen Bedeutung des Gesetzes müssen wir aber auf Kommissionsberatung bestehen und unsere Entziehung im einzelnen uns vorbehalten.

Erreulich ist es, daß der Gesetzesentwurf auch ausgebeugt ist auf die Personen des Soldatenstandes. Wenn wir diese Bestimmung richtig auffassen, so will das Reich für diese auch ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Beamtenlande angehören oder nicht. Praktisch wird das besonders in zwei Fällen werden: Soldaten in Kriegsgefangenschaft und für die Landeswehr, bei der F ü r s t e n a n d e n, die außerhalb des Rahmens eines Wärsämers erfolgen und für die bisher eine Haftung des Reiches ausgeschlossen war. Nach alledem entspricht der Entwurf dem Grundsatze der Juristigkeit und verschiedene wirtschaftliche Rücksichten, wie der Deutsche Handelsrat, haben sich für diese Regelung ausgesprochen. Wir wünschen möglichst baldige Verabschiedung des Entwurfs. (Beifall.)

Abg. J u n d (nl.):

Auch wir sind damit im wesentlichen einverstanden. Bedenken könnten vielleicht entstehen hinsichtlich des § 5, der angibt, in welchen Fällen die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung finden. Aber in der Kommission werden wir uns über diese Beschränkungen der Haftung näher unterhalten können. Auch wäre es wohl richtiger gewesen, von Reichswegen auch die Haftung der Bundesstaaten für ihre Beamten zu regeln, da sonst doch eine große Ungleichheit in den Rechtsverhältnissen eintreten kann. Meine Freunde werden sich nicht abhalten lassen, auf eine solche reichsrechtliche Regelung hinzuwirken. Für eine reichsrechtliche Regelung spricht ein Umstand besonders mit. Man legt es würden dem Beispiel Preussens alle anderen Staaten nachfolgen. Ich möchte aber bemerken, daß alle Staaten dies tun. Namentlich ist dies in Bezug auf Mecklenburg zweifelhaft.

Abg. S p a h n (Str.):

im einzelnen unverständlich, läuft einer Bedenken, deren Prüfung er der Kommission anheimgibt.

Abg. B r o d h a u s e n (konf.):

Wir wünschen eine baldmöglichste Verabschiedung der Vorlage, sind aber mit einer Beweiselung derselben an eine Kommission einverstanden. Dem Wunsche nach einer weiteren Ausdehnung des Gesetzes, dem der Abg. J u n d Ausdrück gegeben hat, einer Ausdehnung auf alle Bundesstaaten, können wir uns nicht anschließen. Einzelne Bedenken gegen Bestimmungen der Vorlage werden in der Kommission zu prüfen sein.

Nach kurzer weiterer Erörterung geht der Entwurf an die Justizkommission.

**Dritte Lesung der Zivilprozessnovelle.**

Die Hauptbestimmungen der Novelle, unter anderem die Erhöhung der Amtsgerichte, werden ohne Erörterung nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt.

Abg. S c h m i d t - W a r b u r g (Str.):

beantragt eine Wenderung des § 119 der 3.-P.-O. dahin, daß beim Armenrecht ein Anwalt gemindert werden muß, wenn es sich um einen Streitgegenstand von mehr als 300 Mtl. handelt und die Gegenpartei durch einen Anwalt vertreten ist.

Staatssekretär Dr. N i e b e r d i n g

bittet um Ablehnung des Antrages. Er zwingt das Gericht, der Armenpartei einen Anwalt zu stellen, auch wenn das nach richterlichem Ermessen durchaus nicht angebracht sei. Dadurch würden die Prozesse verschleppt und verzögert. Den Armen würde jetzt schon ihr Recht.

Abg. S e i n e (Soz.) und Dr. v. S y e m m o w s k i (Pole) sprechen für den Antrag. Der Anwaltsstand werde die kleine Belastung gern auf sich nehmen.

Abg. D o w e (fr. Vgg.) und Dr. W l a s (fr. Vp.) erklären sich gegen den Antrag. Das Prinzip, das beim Amtsgericht ein Anwaltszwang nicht besteht, dürfte nicht zugunsten der Armenpartei durchbrochen werden. Ist ein Anwalt notwendig, so bietet die bisherige Prozessordnung genug Handhaben.

Abg. S c h e d e r (Str.):

Der Antrag kommt aus warmen Herzen, nicht aus einem Intinchof oder einer Streusandbüchse.

Abg. H e i n z e (nl.):

Es liegt schon in der Machtbefugniss des Amtsrichters, die Wünsche, die der Antrag berücksichtigt will, zu erfüllen. Er ist also unnötig.

Abg. T r ä g e r (fr. Vp.):

Ich bin mit einem Teil meiner Freunde für den Antrag aus sozialen Gründen. Es handelt sich um eine eminent soziale Maßnahme.

Die in zweiter Lesung eingefügte Bestimmung über eine Gewährung der Armenanwaltsgebühren durch die Staatskasse wird getilgt. — Der Antrag Schmidt-Warburg wird im Himmelsprung mit 106 gegen 97 Stimmen abgelehnt. — Das ganze Gesetz wurde dann in dritter Lesung endgültig erledigt.

Das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen wird in dritter Lesung en bloc angenommen.

Das Haus verläßt sich. Donnerstag 1 Uhr: Antrag Speid über die Mühlennachlasssteuer.

**Preussischer Landtag.**

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 5. Mai.

Am Ministertische: V o e r e r. Präsident v. K r ö g e r e r ö f f n e t die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Beratung des K a l i u s e t a s wird mit der Eingeleitpredigung des Kapitels

**Höhere Lehranstalten**

fortgesetzt. Abg. V e l t j o h n (fr. Vgg.) fordert die Umwandlung des Programmiums in Treppen in ein Kollegienium.

Abg. S t a e l (nl.)

tritt für die Errichtung einer Oberrealschule in Tiffit ein, die schon früher von der Regierung verprochen worden sei; die erste Klasse dafür hätte eigentlich schon im Etat für 1908 figuriert müssen.

Geschrinat T i l m a n n

legt wohlwollende Prüfung zu. Verschiedene Redner, die in der allgemeinen Debatte nicht zu Wort gekommen sind, verließen dies in der Spezialdebatte nachzuholen, werden aber unter nachheriger Heterkeit des Hauses vom Präsidenten mehrfach unterbrochen und verlassen schließlich unverschiedener Sätze die Tribüne.

Abg. S c h m e d d i n g (Str.):

erhielt um Bewilligung von Staatsmitteln für die Erhaltung des künstlerisch und historisch wertvollen Barockaltars in der Jesuitenkirche zu Goselitz, die dem Gottesdienst der katholischen wie der evangelischen Schüler diene.

### Abg. Eichhoff (fr. Sp.)

bringt nochmals den Essener Fall zur Sprache. Ein gestern im „Berl. Tgl.“ erschienener Artikel „Der bessere Gymnasial“ zwingt dazu, diese Artikel bringe zwar einiges Richtige, aber im übrigen stöße er von solchen Uebertreibungen und Entstellungen, überigen stöße er von solchen Uebertreibungen und Entstellungen, überigen stöße er von solchen Uebertreibungen und Entstellungen...

### Unterstaatssekretär Meurer:

Wir sind bereit, in der allerhöchsten Zeit nähere Auskunft zu geben. Gegenüber der Darstellung im „Berl. Tgl.“ kann ich nur erklären, daß wir in der Unterrichtsverwaltung „bessere Gymnasien“ überhaupt nicht kennen. (Beifall.) Es besteht durchaus Recht und Gerechtigkeit. Besondere Klassen gibt es nicht. (Beifall.)

### Abg. Dr. Hüb (Str.)

wendet sich gegen die getriggerte Kritik des Abg. Maurer an seinen Darlegungen über den Essener Fall, wird aber unter andern Umständen Weiterheit des Hauses mehrmals vom Präsidium unterbrochen und zur Sache gerufen. Er verzichtet schließlich aufs Wort.

### Abg. Dr. Maurer (nl.)

verweist darauf, daß er bereits geklärt erklärt habe: Wenn wirklich an dem Essener Vorkommnis etwas Wahres gewesen wäre, so würde die Regierung darum gewußt haben.

### Abg. v. Schenkendorf (nl.)

fragt nach dem Schicksal seines vorjährigen, vom Minister Holle wohlwollend aufgenommenen Antrages auf Vermehrung der Pflichtenstunden für Leibesübungen in freier Luft. Diese Leibesübungen dürften aber nicht auf Kosten des Turnunterrichts eingeführt werden. Der obligatorische Spielmittagszeit ist unentbehrlich; neben der Turnpflicht müßten wir auch eine Spielpflicht einführen.

### Geheimrat Käpke:

Wir sind alle darin einig, daß die Jugend in freier Luft sich möglichst viel bewegt. Ein höchst erfreulicher Anfang ist hier in Berlin und den Vororten gemacht. Die „Nationalzeitung“ sieht diesen Anfang als positiv an, dem eine definitive Regelung später folgen werde. Das ist auch die Ansicht der Unterrichtsverwaltung.

### Abg. Schmieding (Str.)

tritt ebenfalls für eine größere Pflege körperlicher Übungen der Schüler ein.

### Ministerialdirektor Dr. Schwarzhoff:

Wir nehmen den Ausführungen der Vorredner durchaus zu. Wir haben aber auch jetzt auf einem Gebiet so viel Fortschritte gemacht wie auf dem Gebiete des Turnunterrichts. 1820 war das Turnen noch ganz unbekannt, jetzt haben wir durch die letzte Reform sogar die dritte Turnperiode erhalten. Nicht ist allerdings eine weitere Förderung des Turnunterrichts in den Mädchenhöfen. Das Interesse am Turnen hat sich erfreulicherweise ständig erhöht. Der Turnunterricht ist bei uns im Vergleich mit dem Auslande keineswegs minderwertig, wir nehmen aber auch vom Auslande gern alles, was es Gutes hat. Für eine gute Ausstattung des Turnunterrichts ist besonders wichtig die Gewinnung geeigneter Lehrer. Welche Fortschritte wir darin gemacht haben, beweist schon allein die Tatsache, daß wir 1900 23 akademisch gebildete Turnlehrer hatten, 1909 aber 275. Das ist doch eine kolossale Vermehrung. Im Vordergrund steht jetzt die Einrichtung obligatorischer Spielmittagszeiten. Die Idee eines obligatorischen Spielmittags in der Woche ist gewiß sehr schön, aber sie würde entweder eine Vermehrung der Pflichtenstundenzahl herbeiführen oder eine Verringerung der anderen Stundenanzahl zur Folge haben. Bis jetzt haben wir uns aus diesen Gründen noch nicht dahin entschließen, den obligatorischen Spielmittagszeit einzuführen, sondern werden abwarten, wozu die Entwicklung führt. (Beifall.)

### Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Die Einführung eines obligatorischen Spielmittags erweist sich als unbedingt notwendig. Man hat früher geglaubt, auf dem Wege der Freiwilligkeit etwas erreichen zu können. Damit besand man sich aber im Irrtum. Ebenso wie in der Romantik, muß ich einen guten Turnunterricht an den Fortbildungsschulen und die Einführung des orthopädischen Turnunterrichts an den Mädchenhöfen empfehlen. Es ist dies das beste Mittel, der Lähmung entgegenzutreten.

### Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.)

bittet, Mittel aus dem Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen, damit es möglich ist, in größerem Maße Exkursionen vorzunehmen, die sich nicht auf einen Nachmittag beschränken, sondern auch mehrere Tage dauern könnten.

Es folgt das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“. Hierzu liegen mehrere Anträge vor. Ein Antrag Dr. Gottschalk (nl.) fordert Regelung der Dauer der Schulpflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Provinzen, und einheitliche Bestimmungen über die Folgen unentschiedener Schülerkumulte. Ein Antrag Schiffer (nl.) verlangt die Zurückführung der Volksschüler zum Schiffsamt. Ein Antrag Hüb (fr. Sp.) erucht die Regierung, für Ausbildung und Heranziehung von weislichen Lehrkräften für den Elementarunterricht Sorge zu tragen, insbesondere durch Vermehrung der staatlichen Lehrerinnenseminare. Ein Antrag v. Brandenstein (fr.) deutet sich inhaltlich mit dem Antrag Hüb, verlangt aber noch für den Etat von 1909 größere Summen für die Ausbildung weiblicher Lehrkräfte.

### Abg. Dr. Gottschalk (nl.)

begündet seinen Antrag. In einzelnen Provinzen gelte das 14. Lebensjahr als Beendigung der Schulpflicht, in anderen die Konfirmation, die aber nicht immer mit dem 14. Lebensjahr zusammenzufallen brauche. Auch für die Strofen sei Schulpflicht einzuweisen müssen einheitliche Bestimmungen getroffen werden.

### Ein Regierungskommissar

dankt dem Vorredner, daß er diese wichtige Materie angeregt habe. Über Regelung stehen aber gewisse politische Schwierigkeiten entgegen.

### Abg. v. Brandenstein (fr.)

empfiehlt Annahme seines Antrages und nicht des freistündigen, der eine Abschwächung bedeute. Studierende noch erbsparen, fleißigen und intelligenten Mädchen können sich nach einer selbständigen Tätigkeit. Einer der geeigneten ist untrüglich der Lehrerinnenberuf. Die Katholiken haben das bereits viel besser erkannt, als die Evangelischen. Sehr bedauerlich ist die Tendenz, die Lehrerinnen vom Lande zu verdrängen. Die Köpfer der Landlehrer, der Köpfer, der Bauern müssen zu diesem Beruf geführt werden. Gerade die Lehrerinnenseminare sollten mehr nach den kleinen Städten gelegt werden, damit sie der Landbevölkerung zugänglich gemacht werden. (Beifall.)

### Geheimrat Wittmann

erwidert, daß auch dieser Etat wieder zwei neue Lehrerinnenseminare bringe. Auch die Zahl der Lehrerinnenstellen habe zugenommen.

nommen. Die Städte seien teilweise schon zu weit gegangen in der Verwendung von Lehrerinnen. Auf dem Lande mache die Unter- kunft der Lehrerinnen oft große Schwierigkeiten.

### Abg. v. Reffel (fr.):

Aus allem, was der Vorredner ausgeführt hat, habe ich nur das Reine herausgeholt. Die Begründung der neuen hauptamtlichen Kreis- und Provinzialinspektoren erscheint uns außerordentlich dürftig. Wenn sie in Zukunft nicht besser ausfällt, werden wir kaum für die Bewilligung stimmen können. Wenn sich geistliche Schulinspektoren nicht immer bewähren, so liegt das wohl daran, daß meist die schon überlasteten Superintendenten Schulinspektoren würden. (Sehr wahr!)

### Abg. D. Sodenberg (nl.)

spricht der Unterrichtsverwaltung volle Anerkennung aus, daß sie im Lehrerbildungswesen in ihrem Zeilen nicht falsche Spar- samkeit walten läßt. Die Seminare sollten mehr in mittleren und kleineren Städten errichtet werden. Dort ist ein Hinterland für solche Schulen. Warum baut man aber nur Internate? Man sollte für die Seminare Externate, damit sich die Seminaristen zu freien Männern entwickeln können. In den Lehrkräften der Seminare muß mehr Konniventität gebracht werden. Für die Mittelschulen sollte man endlich einen festen und geschlossenen Lehrplan aufstellen. Den Lehrern muß die Sicherheit für ein Aufsteigen in ihrem Beruf gegeben werden, damit sie nicht als Jubilare dieselbe Stellung einnehmen, wie als Juugzährlinge. Was wir für unsere Lehrerschaft tun, tun wir für unsere Schule und damit für unser ganzes Vaterland. (Veh. Beifall.)

### Abg. Dr. Hüb (Str.)

hat im Prinzip nichts gegen den Antrag v. Brandenstein einzuwenden. Von einer Rückhängigkeit anderer Volksschulunterrichts kann keine Rede sein. Besondere Unterricht in der Bürgerkunde brauchen wir nicht für die Volksschule; Herr Hoffmann freilich verlangt sogar Einführung der Gesetzeskunde. Warum schiden übrigens die Sozialdemokraten immer Herrn Hoffmann zur Er- örterung von Kirchen- und Schulfragen vor? Er ist noch nicht in der Lage, dieses wichtige und große Gebiet zu übersehen. Warum nehmen sie nicht einen gebildeten und geistvollen Mann wie Herrn Heimann? Vermutlich, weil der nicht eine so zur Agitation dienende Rede halten würde? Herr Hoffmann beruft sich auf Professor Katorp und den Lehrer Temp; der eine ist ein Phan- tast, der andere ein Feind der christlichen Schule und Kirche.

### Ministerialdirektor Schwarzhoff:

Für die Vermehrung der Zahl der ländlichen Lehrerinnen sorgen wir noch Kräfte. Die schlechten Ergebnisse der Fort- bildungsfächerprüfung sind nicht der Volksschule zur Last zu legen, sie haben andere Ursachen, vor allem die geringe Examenroutine der Prüflinge, die sich auf eine einzelne Thematik beziehen, statt ein anderes zu wählen, wenn ihnen das erste nicht liegt. Die In- ternate werden nicht einseitig bevorzugt. Wir haben bei den Seminaren 6000 Internate und nur 8000 Externate. Zur Aus- bildung der Seminarlehrer haben wir besondere Hochschulkurse eingerichtet. Wir halten das für besser, als wenn die Lehrer ein- fach 4 Semester studieren. Dem Mittelschulwesen senden wir große Aufmerksamkeit.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

## Husland.

### Die Reise des Kaisers Franz Josef nach Budapest.

# Die Wiener „Neue Freie Presse“ schreibt: Der Kaiser wird heute von Wien nach Budapest reisen. Das Wetter ist sehr rau und ein kalter Sturm segt durch die Gassen und der Regen fällt in Strömen nieder. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die ungarischen Staatsmänner, mit denen der Kaiser über die Krise sprechen will, sich nach Wien in die Büttel hätten. Selbst bei der größten Voracht und trotz der Kälte, deren sich der Kaiser erweut, bleibt eine Reise nach Budapest in dieser kalten und kalten Witterung für einen Mann nahe dem Beginne des achtzigsten Lebensjahres ein nicht zu empfehlendes Wagnis. Die letzte Reise des Kaisers hat allerdings besondere Wichtigkeit, weil schon die Tatsache be- weist, daß ihr Bescheidungen mit dem Kronfolger Erzherzog Franz Ferdinand vorausgegangen sind. Der Kaiser wird alle Führer der Parteien hören, sich an Ort und Stelle über die Absichten und Strömungen unter- richten und so in voller Kenntnis der Tatsachen sein, die für seine spätere Entscheidung maßgebend werden müssen. Die Krise ist jedoch so schwer und verwickelt, daß es noch zweifelhaft ist, ob der Kaiser seine Entscheidung während des jetzigen Aufenthaltes in Budapest treffen wird. Der Kaiser wird sechs Tage in Budapest bleiben, und vielfach wird angenommen, daß dieser knappe Zeitraum schwerlich hinreichen dürfte, um die Lösung der Krise zur Vollreife zu bringen. Denn es handelt sich nicht bloß darum, ein Ministerium durch ein anderes zu ersetzen. Gleichzeitg muß bestimmt werden, wie die Regierungsmajorität zusammen- gesetzt sein solle, zu welchem Arbeitsprogramm sie sich ver- pflichte und was mit der Wahlreform zu geschehen habe. Die Bankfrage hat nämlich nicht bloß eine Ministerkrise, sondern auch eine Majoritätskrise hervorgerufen.

Es handelt sich um die ernstlichen Probleme der ungarischen Politik und der Reichspolitik. Das läßt sich in sechs Tagen schwer abtun, namentlich dann nicht, wenn die wahren Forderungen des Landes durch agitatorische Geschicklichkeit verflächelt werden. Bei geheimher Abstimung würden sich Millionen und Millionen in Ungarn gegen die selbständige Bank aussprechen und alle Kaufleute und Landwirte ängstigen sich schon vor der bloßen Möglichkeit. Wenn das Ministerium Melerke rechtzeitig die nötige Entschlossenheit gezeigt hätte und dem Anfang rüd- haltlos entgegengetreten wäre, so würde diese Krise über- haupt nicht ausgebrochen sein. Aber die Regierung ist der Bankfrage im weiten Bogen ausgewichen, und so ist aus einer haltlosen Forderung eine große politische Frage ge- worden.

### Kuhland und Bulgarien

Immer mehr geriet sich Kuhland als Führer des ge- samten Slaventums. Bekanntlich ist in diesen Tagen der russische Gesandte in dem neugegründeten Zarentum akkreditiert.

Bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens wies der Gesandte, Sementowski, in seiner Ansprache an den König auf die herzlichen Gefühle hin, die der Kaiser von Kuhland dem König entgegenbringe. Die neue Epoche der freundschaftlichen Entwicklung Bulgariens werde von den wärmsten Wünschen des gesamten Slaventums begleitet. Die Fürsorge des Kaisers für das Schicksal der

kaufrollen bulgarischen Nation werde die unauflöslchen, beide Brudervölker vereinigenden Bande noch mehr festigen.

### Das Gnabengegeld Stöffels abgelehnt.

Das Gnabengegeld, das die Gattin des russischen Generals Stöffel an den Jaren gerichtet hatte, ist nunmehr ab- schließlich beschieden worden. Stöffel wurde bekanntlich vom Kriegsgericht wegen der Uebertreibung der Stellung von Artillerie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

### Das Vermögen des Exultans.

Wie bereits gemeldet wurde, wollten sich die Jung- türken nicht mit der Beschlagnahme der in Zibids-Kios auf- gebauchenen Schätze begnügen, sondern auch das beträchtliche, bei auswärtigen Banken deponierte Vermögen des Sultan Hamids entziehen. Gleich nach dem Aufstehen der Nachricht wurden an dieser Stelle Zweifel geäußert, ob ein derartiges Vorgehen der Jungtürken eine rechtliche Unter- lage besitze. Jetzt hat das „Berl. Tgl.“ einige Groß- banken veranlaßt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die Brennende Frage:

### Kann das Vermögen Abdul Hamids beschlagnahmt werden?

wird von der Dresdner Bank wie folgt beantwortet:

„Es ist natürlich sehr wohl möglich und auch prak- tisch denkbar, daß eine Staatsregierung das Privat- vermögen des Monarchen durch einen Staatsat- komfizieren kann. Durch einen solchen Beschluß der Regierung würden selbstverständlich die in dem betreffenden Staatsgebiete liegenden Güter des Herrschers betroffen. Ob aber auch das Vermögen, das im Auslande angelegt ist, der Konfiskation unterliegt, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Es ist nicht einzusehen, aus welchen Gründen ein Herrscher einer Bank gegenüber eine andere zivilrechtliche Stellung einnehmen soll als ein Privatmann. Die Banken müssen natürlich dem, der bei ihr Deposits hinterlegt, oder dessen von ihm legitimierter Rechtsnachfolger die Deposits aus- liefern. Daß in der gewaltsamen Enthronung ein Rechtsgrund für die Erlangung der von dem Sultan als Privatmann hinterlegten Millionen liegen soll, kann doch wohl kaum angenommen werden.“

Eine ähnliche Stellung nimmt das Banhaus Men- delsohn u. Co. in folgender Erklärung ein:

„Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Sultan allein berechtigt ist, die von ihm deponierten Gelder abzuheben. Allerdings können Umstände eintreten, die einen Dritten berech- tigen, Deposits abzugeben. Als solche sind zu erwähnen die Fälle der Entmündigung und des Erbfalls. Die Rückgabe erfolgt also für gewöhn- lich nur an den Hinterleger selbst oder an dessen un- mittelbaren Rechtsnachfolger. Die Banken würden daher, um sich zu schützen, gut tun, eventuelle Auf- forderungen der türkischen Regierung nicht einzu- zugehen. Zu einer Herausgabe der Deposits wäre es notwendig, daß das Auswärtige Amt be- schließt, daß tatsächlich die jetzige Regierung der Türkei in die Rechte des Sultans eingetreten ist. Nur bei Herausgabe der Deposits gegen Vorlegung einer solchen Urkunde würde sich ein vorläufiges Bank- institut gegen Schadenersatzansprüche sichern können.“

Gänzlich von der Auffassung der Banken verschiede- nen ist die Ansicht des bekannten Rechtslehrers der Ber- liner Universität Prof. Dr. Bornhauf. Er schreibt:

„Für mich liegt die Sache sehr klar und einfach. Die Beschlagnahme eines Staates ist souverän. Der frühere Sultan hat unter der früheren Beschlagnahme sein Vermögen bei den Banken deponiert. Jetzt kommt eine neue Regierung und beschließt: Das Vermögen wird beschlagnahmt. Dagegen läßt sich nichts einwenden.“

Die Rechtslage bleibt also nach den vorliegenden Aufzeu- rungen zunächst ungeklärt und es ist nicht unmöglich, daß die Jungtürken, um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, den Exultan zu einem förmlichen Verzicht auf sein Vermögen zwingen. Nach dem Grundlag: „Wer die Macht hat, hat das Recht“ könnten sie das tun und es würde ganz im Ein- klang mit ihrem bisherigen rücksichtslosen Vorgehen. Ob es aber politisch klug wäre, die Rückständlosigkeit derart auf die Spitze zu treiben, erscheint recht fraglich. Sympathien würden sich die Jungtürken mit einer solchen Handlungs- weise jedenfalls nicht erwerben.

## Halle und Umgebung.

### Frachtdampfer bis Weisenfels?

Von auswärts wird berichtet: Am Montag traf in Weisenfels auf der Saale ein großer Frachtdampfer ein, der berechtigtes Aufsehen erregte. Es handelte sich um einen Probefahrt, am festzustellen, ob ein Frachtdampferverkehr von Weisenfels nach Hamburg möglich ist. Bis jetzt gingen die Dampfer nur bis Halle. Die Probefahrt ist ohne jede Störung verlaufen und es dürfte vorläufig bei Mittelstand der Saale ein Saalefrachtdampferverkehr nach Hamburg eröffnet werden. Ob dies auch bei niedrigerem Wasserstand, wie dies namentlich im Hochsommer eintritt, möglich ist, sollen weitere Probefahrten feststellen.

### Kursus zur Ausbildung von Seminarlehrern.

Gegen Mitte Oktober d. J. wird in Berlin ein neuer staatlicher Kursus zur Ausbildung von Seminarlehrern eröffnet, der auf die Dauer von 1½ Jahren bemessen ist. Jüngere Lehrer, die zur Ver- wendung als Lehrer an Seminaren geeignet erscheinen, sind für diesen Kursus in erster Linie zu berücksichtigen. Daher erhalten die Bewerber den Vorzug, die Mittelschulrecher- und Rector- prüfung abgelegt haben. In geeigneten Fällen können, wie bei sonstigen Kursen für im Amte befindliche Lehrer, Beisitzeln gewährt werden in der Höhe, daß jedem Teilnehmer während seines Aufent- halts in Berlin ein Gehaltlich der vorhandenen eigenen Mittel für den Monat 125 M. zur Verfügung stehen. Eine besondere Ver- gütung für Reisekosten usw. kann nicht gewährt werden; auch auf außerordentliche Unterweisungen ist während des Kursus nicht zu rechnen. Vorlesungen und Redaktionen sind durch die Königl. Re- gierungen und Provinzial-Schulkollegen einzuschicken.

Im Thüringisch-Sächsischen Gefäß- und Messingwaren-Handel Herr Dr. H. Heine, Vorstand der bakteriologischen Abteilung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt, über den gegenwärtigen Stand und die Aufgaben der mikrobiologischen Bodenforschung. Nach einer Einleitung über die sehr bedeutsame Bedeutung der Bakteriologie überhaupt gibt Vortragender einen Überblick über die Lehre von mannigfachen Bodenorganismen und erörtert die zunächst vorliegenden Probleme der Bodenbakteriologie, die noch nicht diejenige Beachtung und Pflege gefunden hat, welche ihr bei der großen Bedeutung für die moderne Bodenkunde zukommt. Man hat jetzt erkannt, daß der Boden keine nur von chemischen und physikalischen Vorgängen beherrschte tote Masse ist, sondern daß auch hier ein reiches Leben mannigfacher kleinster Organismen herrscht; Milliarden kleinster Lebewesen pflanzlicher und tierischer Natur sind an bestimmten Stellen vorhanden, auch hierher Art (Amphibien, Amöben, Flagellaten) gehören eine Handvoll Erde. Mit den bisher üblichen Methoden wurden in einem Gramm Erde 50 bis 400 Mill. Keime festgestellt. Eine auch in Folge neuerdings vorgenommener Untersuchungen sich für die gesamten Bodenorganismen von Bedeutung herausstellende ein Gesicht von mindestens 60 Mill. Zentner, d. h. ein Gewicht, das dem der ganzen Bevölkerung Deutschlands etwa gleichkommt. Hauptforderungen bei der Bodenforschung ist die einwandfreie Reinkultur der einzelnen Organismen. Besonders hervorzuheben wird, daß sich die zum großen Teil auf Organismenruhrungen beruhenden Stoffumsetzungen im Boden vorwiegend unter dem Kreislaufe des Kohlen- und Stickstoffes betrachten lassen; so Humusbildung und Zersetzung unter Mitwirkung von Pilzen und Bakterien (Streptothrix-Arten). (Der bekannte intensive Geruch frühlingsfrischer Landes wird hauptsächlich durch eine dieser Pilzarten hervorgerufen.) Wichtige Resultate konnten auch über die Bildung von Salpeter und Ammoniak, die Umlegung des Kalziumstoffs, sowie über die spezif. log. Stoffhafterreiterer gewonnen werden.

Die nächste Sitzung findet heute, Donnerstag, 8½ Uhr abends, in den oberen Räumen des „Reichshofes“ (Eingang Kaulenberg) statt. Gänge sind willkommen.

#### Ueberfahren.

Gestern mittags wurde von einem Aufsahrsführer in der Liebenauerstraße vor dem Grundstück Nr. 172 ein kleiner, etwa dreijähriger Knabe überfahren. Das Kind, dessen Eltern namens Rückward in jenem Hause wohnen, spielte unbeaufsichtigt an dem Wagenrade, das durch ein plötzliches Ansehen der Pferde in Bewegung kam, und dem Knaben über Kopf und Arm ging. Die Verletzungen dürften sehr schwer sein; das Kind wurde sofort in die Klinik überführt.

Calderons „Leben ein Traum“, das sich zur Abwechslung einmal auf den Spielplan unseres Stadttheaters verortet hatte, gab gestern abend einem fernen Gaste Gelegenheit, sich in der Rolle des rauhen Prinzen Sigismund als erster Held und Liebhaber zu zeigen und um die Stelle des scheitenden Ernst Gode zu bewerben, der, häufig bemerkt, noch zu Ende der Saison, vor seinem auf Sonnabend angelegten Abschiedsabend plötzlich nicht unbedenklich erkrankt ist. Der Gast auf Engagement Herr Kutz vom Bären Stadttheater war auch als Regisseur wirkte, ein Schüler von Ferdinand Bonn, zeigte ein verständiges und temperamentsvolles Spiel. Er besitzt ein moosfingriges und leicht den Stimmungen des Spiels gehorchendes Organ. Seine Figur, seine Bewegungen sind von edlem Anstand und er weiß sich auf der Bühne als Held zu bewegen. Sein Spiel ist lebendig und überzeugend. In ihm hat die Direktion des Stadttheaters annehmend einen guten Griff getan, und er wird uns bei fleißiger Arbeit an sich selbst tüchtige Leistungen bieten. Gestern, an seinem ersten Abend hier in Halle, fand er gleich viel Beifall beim Publikum. Die übrigen Darsteller des eigens für den Gast einstudierten Stüdes bewährten sich sämtlich und ernteten lebhaften Beifall. Heute abend Aufbruch.

Zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Dessau-Bitterfeld verlautet neuerdings, daß die Strecke noch im Jahre 1910 betriebsfertig werden soll. Der Betrieb wird erfolgen durch Wechselstromlokomotiven, denen der Betriebsstrom von 10 000 Volt Spannung mittels Oberleitung zugeführt werden soll.

In der Ausgabe der Arbeiter-Kinderkassen hat die preussische Eisenbahnerverwaltung eine Einschränkung dahin verfügt, daß neue Karten auf Entfernung über 50 Kilometer überhäufig nicht mehr auszugeben werden. Bei der Lohnberechnung für die Eisenbahnarbeiter gilt der Grundsatz, daß die Löhne unter Berücksichtigung der örtlichen Lebensverhältnisse und der von anderen Arbeitgebern unter gleichen Verhältnissen gezahlten Löhne festzusetzen sind.

### Provinzial-Nachrichten.

#### Unterschlagung bei der Post und Selbstmord.

Gommern, 4. Mai. Der am hiesigen Postamt beschäftigte Briefträger Wank hat gestern vormittag 9½ Uhr

in den Brechtern Kleinen erschossen. Wank war verheiratet und dürfte die Tat infolge Unterdrückung verübt haben. Der Faktor in Glinde behauptete sich bei der Post darüber, daß ein von ihm an seine zurzeit in der Lungenheilanstalt „Kogelwang“ wohnende Tochter abgeordnete Geldsumme von 145 Mark dort nicht eingeliefert war. Konstellten der hiesigen Postanstalten wurden sofort umfangreiche Recherchen angestellt, in deren Folge Wank von der Post erlucht wurde, sich im Postgebäude einzufinden. Wank hatte die Absicht, er müsse erst aussteigen und würde später der Aufklärung antworten. Er ging jedoch nicht zum Vorkam. Heute früh frühlich er in seinem Zimmer einen Selbstmordbrief an seine Eltern, in dem er seinen bevorstehenden Selbstmord ankündigte, und einen offenen Brief folgenden Inhalts: „Meine Reichthümer und die Schwermut eines Mädchens haben mich in den Tod getrieben. Ich liege in den Brechtern bei Brecht.“ Wank ist am 11. November 1883 geboren; er war noch nicht etatsmäßig angeheiratet.

#### Drei Personen von einem Gefäß getötet.

Wittenberg, 5. Mai. Heute morgen verunglückte auf dem Gefäßhübschland II bei Reinsdorf der Schichtmeister Rulfs-Wittenberg und die Arbeiter Heinrich Treuter-Wittenberg und Wilh. Reih-Reinsdorf beim Laborieren eines Gefäßes tödlich. Die alten Anstalten nach etwas gewaltsam hineingehobene Patrone explodierte, schleuderte den Verflüss heraus und tötete die drei Männer augenblicklich.

#### Schiffshavarie.

Elster, 2. Mai. Gestern kam hier eine totale Schiffshavarie vor. Der mit Braunkohlen beladene Elbschiff des Schiffseigners Julius Müller aus Alten geriet unmittelbar am Ausladeplatz des Kohlenhändlers Reinhold Behse demagen auf eine Kuhne, daß er zweimal gänzlich durchbrach. Infolgedessen sank das Fahrzeug sehr schnell und nur mit großer Anstrengung konnten die Mannschaften das Notwendige und sich selbst in Sicherheit bringen.

#### Ausland.

Waltershausen, 3. Mai. Von den Arbeitern der Firma B. Polack, Aktiengesellschaft, hier, sind heute vormittag ungefähr 350 Mann in den Ausgang getreten, weil ihre an die Direktion gerichteten Forderungen, betr. Lohnerhöhung usw., abgelehnt worden waren.

#### Künstliche Schmilte.

Gera, 4. Mai. Vor einiger Zeit wurde in einer Strafanstalt festgestellt, daß ein junger Mann Studentenschmilte im Gesicht hatte. Da man wußte, daß er nicht studiert hatte, frag man über die Herkunft der Kennzeichenschmilte. Es stellte sich heraus, daß er sie künstlich erzeugt hatte, um etwas aus sich zu machen. Gegenwärtig haben wir nun bereits mehrere Verurteilten in der Stadt, die sich derartige Gesichtsverzierungen zufügen, indem sie dazu Strindeln in die Haut einarbeiten und diese „Speere“ sich dann mehrere Male über die Wade ziehen!

Es wäre gut, wenn die Eltern zu einer „schlagenden Verbindung“ zumuteträten mit dem Kolibri als Kommenntoewe, um solchen Anflug der Herrn Söhne zu begegnen!

Naumburg, 5. Mai. (Kriestaube.) Einem Anwohner der Neumauer ist am Montag abend eine Briefstaube in gänzlich erstartetem Zustande zugeflogen. Das arme Tierchen, das am rechten Flügel verletzt ist, trug auf beiden inneren Flügelenden die Aufschrift: Otto Oereich, Apolda, Ritterstr. 13 - Bitte gut Wasser; sowie an den Flügeln Metallringe, davon der rechte die Zahlen 0705 80 559. Was die Taube aufgefliegen ist, wurde noch nicht festgestellt.

Fregburg, 4. Mai. Beim Spiele fiel heute das etwa 6 Jahre alte Töchterchen des Stiefmachers Henze vom Sofa und brach den linken Arm im Ellbogengelenke.

Leipzig, 4. Mai. (Ander 500jährigen Jubelfeier der Universitäts) nehmen sämtliche deutsche Universitäten Österreichs teil.

Dresden, 5. Mai. (Begrabung eines Mörders.) Der König von Sachsen begnadigte den Mechaniker Koeller aus Kitzbühel, den das Schurgenrecht in Bautzen wegen Ermordung seines unehelichen Knaben und wegen verächtlicher Tötung der Großmutter des Kindes zum Tode verurteilt hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

### Vermischtes.

Höhnmacht am Wermuthbatteries. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“ aus Luzern: Ueber den Gotthard ist der Frühling heruntergefallen, und der Höhn, der „graue Taroog“, hat sein Kommen maßvoll angekündigt. Droben auf den Höhn hat er die Schneeflocke gelöst und damit den Berggöttern, die während des Winters unter der Schneedecke verschwunden waren, wieder ihre Wege gezeigt. Von allen Seiten strömen sie los und schäumend die Gänge herab und bringen der jungen Neuh gewaltige Wasserzufuhr. Aber auf den Höhn bleibt nicht ohne; pflegend setzt er über den Berwaldbatteries hinweg, die Wellen peitschend und aufwühlend. An solchen Tagen sind die Urner auf der Hut, kein Feuer und kein Licht darf angezündet werden, denn dem hat der Höhn auch nur das kleinste Fünkchen erreichen würde, wäre es am alle Häuser der Gegend gefahren; dieses Wüdes wird niemand wehren. An einzelnen Orten gibt es sogar Höhnwächter, die jeweils auf den heranrückenden Höhn durch gelandes Luten auf den Feuerhöhen aufmerksam machen, die darauf achten, daß auf den Straßen nicht geraucht wird, und die abends in jedem einzelnen Hause Umfchau halten, ob auch jedes Feuer gelöscht worden ist. Nur aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß in den Höhnwegen so wenig Brandfälle vorkommen. Wenn abends das Höhngebeten so weit das Zeichen, ja sogar ein Befehl, jegliches Feuer zu unterdrücken. . . Dem Naturfreund aber bieten die Höhnwege die schönsten Bilder. Denn dann gleiten die Alpen in blendender, strahlender Weisse, und in scharfen Umriszen heben sich die trostigen Bergriesen vom Horizonte ab. Wenn aber das Gebirge auf diese Weise sichtbar ist, dann weiß man in der ganzen Schweiz, daß schlechtes Wetter im Anzuge ist!

Einem Wettbewerb um Verbesserung des Hafens von Bordeaux und seiner Zufahrten hat die Handelstammer in Bordeaux ausgeschrieben. Zwei Preise von 10 000 und 5000 Fr. Die Entwürfe werden Eigentum der Handelstammer und können ganz oder teilweise benutzt werden. Die Ausführung der Arbeiten wird nach Wahl der Handelstammer einem der Bewerber übertragen. Der Entwurf soll einen Stötkafen in der Gironde vorsehen, der den

größten Schiffstypen Zugang gewährt und 12 Meter Tiefe erhalten soll. Kleineren Schiffen bis 8,5 Meter Tiefgang soll der Zugang bis Bordeaux offen stehen, doch sollen die neuen Einrichtungen im Hafen von Bordeaux gleich für Schiffe von 10 Meter Tiefgang ausgebildet werden. Die jetzige Kaifläge soll auf das Vierzehnte gebracht, die Zahl der Liegeplätze im Hafen ebenfalls erhöht werden.

### Sportnachrichten.

Brandenburg a. S., den 3. Mai 1909. Der große Preis des deutschen Kennjahreeräubers wurde auf der Zehlendorfer Rennbahn am Sonntag, den 2. Mai in einem 50 Km-Rennen hinter Motorschrittmachern ausgetragen und von dem Weltmeister Koller vor Stol gewonnen. Der dritten Platz behauptete Tommy Hall vor dem Weltmeister Kobl. Koller und Tommy Hall führten Brennador; auf derselben Marke gewannen die beiden Tandemparee Peter-Kudela und Tesmer-Kürzner den ersten bzw. zweiten Preis im Tandemrennen.

### Letzte Nachrichten.

Kaiser Franz Josef und die ungarische Krise. Budapest, 5. Mai. Der Kaiser empfing heute den Ministerpräsidenten Wekerle, wobei die Reihenfolge der zu empfangenden politischen Persönlichkeiten festgelegt wurde. Morgen vormittag werden die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrats, sobald die Häupter der politischen Parteien empfangen werden. Ende der Woche trifft Kaiser v. Aehrenthal hier ein.

#### Aus der Türkei.

Konstantinopel, 5. Mai. Die vergeblichen Bemühungen über Antragsfähigkeit im Komitee für Einigkeit und Fortschritt, Differenzen zwischen dem Komitee und Schefik Pascha, sowie über den bevorstehenden Sturz Temjis bergen alle einen Kern von Wahrheit. Tatsächlich besteht eine Spannung zwischen dem Kammerpräsidenten und dem Ministerrat. Der Kammerpräsident forderte das Kabinett brieflich auf, im Parlament zu erscheinen. Dies wird von dem Kabinett als ein Vergriff des Präsidenten empfunden, der nur das Recht habe, etwaige Beschlüsse der Kammer dem Kabinett zu übermitteln. Der Ministerrat wies die Aufforderung einmütig zurück.

#### Der Streit um die Orientbahnen.

Konstantinopel, 5. Mai. Der Abschluß der Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und der Verwaltung der Orientbahnen über die Einzelpunkte des türkisch-türkischen und des türkisch-bulgarischen Protokolls steht bevor. Dagegen sind die in der Hauptfrage zwischen der Türkei, den Orientbahnen und Bulgarien die von der Porte bereiteten Schwierigkeiten trotz der Bereitwilligkeit der Bahnen, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, noch nicht besehoben.

#### Die Frage der Armereform in Belgien.

Brüssel, 5. Mai. Wie aus Regierungskreisen verlautet, wird der Kabinettschef Schollerer in der nächsten Sitzung der Kammer die Reorganisation der Armee fordern. Falls er sie nicht durchsetzt, ist er entschlossen, mit dem Kriegsminister zurückzutreten. Der König soll entschlossen sein, eher das Parlament aufzulösen, als auf die Reorganisation zu verzichten.

#### Verurteilte Demonstranten.

Hannover, 5. Mai. Die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen vom 31. Januar in der Theaterstraße beschäftigten heute die Strafkammer. Fünf Angeklagte wurden wegen groben Unfalls zu 5 Tagen, ein anderer zu einer Woche Haft verurteilt. Der Angeklagte Zimmermann wurde wegen Widerstands zu 9 Wochen Gefängnis verurteilt.

#### Aus dem Haag.

Haag, 5. Mai. Die Königin und die junge Prinzessin befinden sich durchaus wohl. Die Königin hat bereits wieder begonnen, wichtige Akten selbst zu unterzeichnen. Die Taufe der Prinzessin dürfte nicht vor Anfang des nächsten Monats stattfinden.

#### Castro.

San Sebastian, 5. Mai. Expräsident Castro bestätigte einem Interviewer, daß er durch einen Pariser Anwalt wegen seiner Ausweisung aus Martinique und deren Folgen gegen die französische Regierung klagen werde. Weiter seinen Wohnort habe er noch keinen dauernden Beschluß gefaßt.

#### Verhaftung eines Schwindlers.

Wien, 5. Mai. Der 18jährige Schneidbergschüler Waldemar Peyer aus Rosenhagen, welcher vor verurteilten Gerichten mehrfach verfolgt wird, wurde hier wegen Schwindeln verhaftet.

#### Explosion.

Graz, 5. Mai. Heute morgen ist das Pulverwerk Rank am Ende der Berggasse in die Luft geflogen. Da Menschen dabei verunglückt sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

#### Vom Vich entzündete Petroleumschächte.

Borisslaw, 5. Mai. Infolge Unachtsamkeit sind gestern zwei Petroleumschächte in Brand geraten, es gelang aber, das Feuer zu lokalisieren.

#### Mitglieder einer Lokomotive.

Stil, 5. Mai. Bei der Station Läufer führte die Lokomotive eines Güterzuges nebst zwei Wagons über den mehrere Meter hohen Eisenbahnbaum hinweg. Der Fahrer wurde getötet, der Lokomotivführer schwer verletzt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil: für Provinzialnachrichten, Gerich und Spitz; Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Edwin Alexander-Rah; für den Anzerateil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Samtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



Main table containing stock market data, organized into columns for various sectors like 'Disch. Fed. u. Staats-P.', 'Industrie-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Schiff-Aktien'. Each entry includes a stock symbol, company name, and price.